

Difu-Folgebefragung „Gesellschaftliche Vielfalt und Sicherheit in der Stadt“

Teilnahmefrist: **20.12.2019**

Deutsches Institut für Urbanistik
Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen
Herrn Gabriel Bartl
Zimmerstr. 13-15
10969 Berlin

Ganz kurz:

- Ihre Angaben unterliegen selbstverständlich dem Datenschutz.
- Bitte unterstützen Sie dieses Projekt mit der vollständigen Beantwortung des Fragebogens.

Rückfragen bitte an:

- Gabriel Bartl, Tel. +49 30 39001-144
- Niklas Creemers, Tel. +49 30 39001-161
vielfalt@difu.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) führt im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes „DiverCity - Sicherheit und Vielfalt im Quartier“ derzeit eine Folgebefragung zur Zusammenarbeit und Vernetzung kommunaler Akteur*innen durch, die an der Förderung eines guten und sicheren Zusammenlebens in sozialem Frieden und gesellschaftlicher Vielfalt arbeiten. Dazu befragen wir alle deutschen Städte und Gemeinden mit 50.000 und mehr Einwohner*innen. In den Kommunen sprechen wir jeweils fünf verschiedene Ämter/Fachbereiche an (Ordnung, Stadtplanung, Soziales, Jugend, Integration).

Erste Ergebnisse der Eingangsbefragung zeigen, dass zahlreiche Akteur*innen der kommunalen Fachverwaltungen in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern aktiv sind, die Fragen des sicheren Zusammenlebens in vielfältigen Stadt- und Wohnquartieren betreffen. Mit der vorliegenden Befragung wollen wir die gewonnenen Erkenntnisse aus der ersten Befragungswelle vertiefen. Dabei interessieren uns vor allem die Voraussetzungen und Herausforderungen sowie die Zuständigkeiten und Strukturen bei der kommunalen und interkommunalen Zusammenarbeit, an denen Ihr Amt/Fachbereich beteiligt ist.

Die Beantwortung der Fragen beansprucht etwa 15-20 Minuten.

Nach dem Ausfüllen wäre der Fragebogen bis zum 22.11.2019 digital zu übermitteln an: vielfalt@difu.de

Sie können den Fragebogen aber auch handschriftlich ausfüllen und uns diesen per Post an die oben angegebene Adresse zuschicken.

Die Befragung wurde mit dem Deutschen Städtetag (DST) und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) abgestimmt. Beide unterstützen die Befragung.

Für die Beantwortung des Fragebogens bedanken wir uns schon jetzt sehr herzlich bei Ihnen.

Das Forschungsvorhaben ist darauf angewiesen, dass eine letzte Folgebefragung durchgeführt wird.

Dafür bitten wir Sie um Ihre Einwilligung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Kontaktdaten für die Einladung zur Teilnahme an einer Folgebefragung gespeichert werden, um das Forschungsprojekt auch weiterhin zu unterstützen.

Name:

E-Mail-Adresse:

Telefon:

Ihre Einwilligung ist freiwillig. Sie können sie jederzeit postalisch oder per E-Mail (vielfalt@difu.de) widerrufen. Zudem haben Sie das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung, Löschung und Datenübertragbarkeit. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 lit. A EU-Datenschutzgrundverordnung.

Informationen zum Datenschutz:

Die Teilnahme an der Umfrage ist selbstverständlich freiwillig. Alle Einzeldaten werden streng vertraulich behandelt. Es erfolgt keine Weitergabe an Dritte. Hinweise zur Einhaltung des Datenschutzes und zur Datenverarbeitung finden Sie in der anliegenden Erklärung zum Datenschutz.

Angaben zu Ihrem Amt/Fachbereich

Dienststellenbezeichnung:

PLZ Stadt / Gemeinde:

Wie viele Personen sind in Ihrem Amt/Fachbereich beschäftigt? *(Teilzeitstellen bitte in Vollzeit umrechnen)*

Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit

1. Bitte geben Sie an, inwieweit aus Ihrer Sicht folgende Aussagen zum Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit in der Kommune zutreffend erscheinen.

trifft gar nicht zu trifft eher nicht zu trifft eher zu trifft voll zu

⇒ Ein offener Umgang der kommunalen Verwaltung mit gesellschaftlicher Vielfalt ist eine notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Bearbeitung von Konflikten in der Stadtgesellschaft.

⇒ Die Sicherheit in der Kommune kann durch Begegnung und Austausch zwischen vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen verbessert werden.

⇒ Die Verzahnung von Aspekten der gesellschaftlichen Vielfalt und Sicherheit ist noch nicht in der alltäglichen Arbeitspraxis der Ämter und Fachbereiche angekommen.

⇒ Gesellschaftliche Vielfalt bietet Chancen für den kommunalen Umgang mit Sicherheitsproblemen.

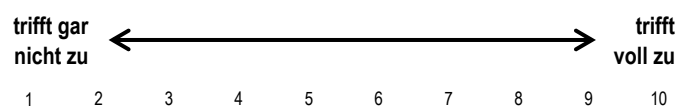
Und zwar folgende Chancen:

⇒ Gesellschaftliche Vielfalt ist eine Herausforderung für die Sicherheit in Kommunen.

Und zwar aus folgendem Grund:

Verortung Ihres Amtes/Fachbereichs im Themenbereich gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit

2. Bitte bestimmen Sie die jeweilige Bedeutung von Fragestellungen der gesellschaftlichen Vielfalt und der Sicherheit innerhalb Ihres Amtes/Fachbereichs.



⇒ Gesellschaftliche Vielfalt spielt eine wichtige Rolle in der Arbeit unseres Amtes/Fachbereichs.

⇒ Fragen der Sicherheit spielen eine wichtige Rolle in der Arbeit unseres Amtes/Fachbereichs.

Strukturen der Zusammenarbeit

3. Bitte geben Sie an, welche Strukturen der Zusammenarbeit im Bereich gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit in Ihrer Kommune vorhanden sind und ob aus Ihrer Sicht eine Umgestaltung der Strukturen sinnvoll erscheint.

	vorhanden	nicht vorhanden	weiß nicht	
⇒ Es sind Strukturen vorhanden, die Zusammenarbeit befördern.				
Und zwar folgende Strukturen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Lenkungs-/Steuerungsgruppen ▪ Arbeitsgruppen/-kreise, Runde Tische etc. ▪ Stadtteilbeiräte, -gremien, -foren ▪ Quartiersmanagement ▪ Kriminalpräventiver Rat ▪ Sicherheits-/Ordnungspartnerschaften ▪ Formale oder organisatorische Vorgaben (z.B. Organigramm) ▪ Leitlinien für Prozesse/Abläufe ▪ Persönliche Beziehungen ▪ E-Mail-Verteiler ▪ Veranstaltungen/Konferenzen/Fachtage/Workshops etc. ▪ Andere Strukturen Und zwar:				
	trifft gar nicht zu	trifft eher nicht zu	trifft eher zu	trifft voll zu
⇒ Es sollten neue Strukturen geschaffen werden, um veränderten kommunalen Herausforderungen zu begegnen.				
Und zwar:				
⇒ Bestehende Strukturen sollten an veränderte kommunale Herausforderungen angepasst werden.				
Und zwar:				

Beschreibung der Zusammenarbeit

4. Inwieweit treffen die folgenden Aussagen auf die Beschaffenheit der Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Akteuren zu, die Fragen der gesellschaftlichen Vielfalt und Sicherheit bearbeiten?

	trifft gar nicht zu	trifft eher nicht zu	trifft eher zu	trifft voll zu
⇒ Zwischen den beteiligten Akteur*innen der Zusammenarbeit herrscht ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen.				
⇒ Bei der Zusammenarbeit werden verbindliche Entscheidungen getroffen.				
⇒ Die Zuständigkeiten bei der Zusammenarbeit sind geregelt.				
Und zwar durch: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Persönliche Absprachen ▪ Durch rechtliche Vorgaben ▪ Schriftliche Festlegungen zwischen Ämtern/Fachbereichen (z.B. Strategiepapier) ▪ Durch formelle Richtlinien der Verwaltungsarbeit (z.B. Organisationskonzept) ▪ Auf andere Weise, und zwar: 				
⇒ Die Zusammenarbeit zielt auf die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen.				
⇒ Die Verständigung auf gemeinsame Ziele der Zusammenarbeit ist schwierig.				
Und zwar aus folgenden Gründen:				

Förderprogramme

5. Im Folgenden sollen die Nutzung von Förderprogrammen sowie mögliche Förderlücken im Bereich von Themen der gesellschaftlichen Vielfalt und Sicherheit in Ihrer Kommune genannt werden.

⇒ Wir nutzen hierbei folgende Förderprogramme:	Förderung durch...		
	Bund	Land	Andere
1.			
2.			
3.			

⇒ Es gibt hier Förderprogramme, die wir nicht nutzen. ja nein

► Falls ja, welche Förderprogramme sind das und warum werden diese nicht genutzt?

Förderprogramme, die nicht genutzt werden:

Gründe für Nicht-Nutzung:

- 1.
- 2.
- 3.

⇒ Förderprogramme zur Unterstützung bei der Lösung folgender Problemlagen wären wünschenswert:

- 1.
- 2.
- 3.

Zeitliche Ressourcen

6. Wieviel Arbeitszeit steht Ihrem Amt/Fachbereich für die Bearbeitung von Fragen gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit in Ihrer Kommune zur Verfügung?

% (Anteil am Gesamtvolumen der Arbeitszeit in %)

Austausch von Ressourcen

7. Bitte geben Sie an, welche Ressourcen bei der Zusammenarbeit mit anderen Ämtern und Fachbereichen im Bereich gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit in Ihrer Kommune wie häufig ausgetauscht werden. Differenzieren Sie dabei zwischen Ressourcen, die Sie in Anspruch nehmen und anderen zur Verfügung stellen.

	Wir nehmen von anderen in Anspruch:			Wir stellen anderen zur Verfügung:		
	nie	gelegentlich	oft	nie	gelegentlich	oft
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wissen und Informationen ▪ Finanzielle Ressourcen ▪ Zielgruppenzugang ▪ Räumlichkeiten ▪ Arbeitszeit ▪ Andere Ressourcen 						
Und zwar:						

Anlässe der Zusammenarbeit

8. Inwieweit treffen die folgenden Aussagen auf die Anlässe der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der gesellschaftlichen Vielfalt und Sicherheit in Ihrer Kommune zu?

trifft gar nicht zu trifft eher nicht zu trifft eher zu trifft voll zu

⇒ Die Zusammenarbeit erfolgt anlassbezogen.

Folgende Anlässe sind hierbei relevant:

- Konflikte durch veränderte Nutzungsweisen öffentlicher Räume
- Städtebauliche Mängel, die die subjektive Sicherheitswahrnehmung beeinflussen (z.B. Angsträume)
- Lokale Ausbreitung von Verwahrlosung, Vermüllung, Rücksichtslosigkeiten etc.
- Konflikte, die aus der gesellschaftlichen Vielfalt der Bevölkerung resultieren
- Sorge um die Sicherheit von Geflüchteten
- Anstieg von Kriminalität im Kontext von Zuwanderung
- Anstieg von Kriminalität durch andere Entwicklungen
- Politische Debatten und Entscheidungen
- Anordnung des Oberbürgermeisters oder der Verwaltungsspitze
- Hinweise externer Institutionen/Organisationen (z.B. Polizei, Schulen)
- Meldungen bzw. Forderungen aus der Bevölkerung
- Mediale Berichterstattungen
- Als Ergebnis von Steuerungs-/Erhebungsinstrumenten (z.B. Sozialraum-Monitoring, Sozialdaten, Befragungen etc.)
- Andere Anlässe

Und zwar:

Handlungsfelder bei der Zusammenarbeit

9. Bitte geben Sie an, in welchen Handlungsfeldern Ihr Amt/Fachbereich bei der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der gesellschaftlichen Vielfalt und Sicherheit in Ihrer Kommune wie stark verortet ist.

trifft gar nicht zu trifft eher nicht zu trifft eher zu trifft voll zu

Bei der Zusammenarbeit sind für uns folgende Handlungsfelder relevant:

- Städtebauliche Prävention (z.B. städtebauliche Kriminalprävention)
- Sozialräumliche Maßnahmen (z.B. Gemeinwesenarbeit, Armuts- oder Gewaltprävention, „Communities that Care“)
- Strukturelle Integration (z.B. Arbeitsmarkt, Bildung)
- Soziale Integration (z.B. durch Teilhabe am sozialen Leben, etwa in Organisationen oder Vereinen)
- Kulturelle Integration (z.B. Wertevermittlung oder Sprachkurse)
- Andere Handlungsfelder

Und zwar:

Teilhabe und Beteiligung

10. Bitte geben Sie an, inwieweit eine Öffnung kommunaler Strukturen durch Bürgerbeteiligung erfolgt, um Herausforderungen im Bereich gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit in Ihrer Kommune zu bearbeiten.

trifft gar nicht zu trifft eher nicht zu trifft eher zu trifft voll zu

⇒ Bürgerbeteiligung erhöht den Aufwand von Entscheidungsfindungsprozessen für unser Amt/unseren Fachbereich.

⇒ Wir führen Beteiligungsmaßnahmen durch, um sicherheitsrelevante Aspekte der Planung und Gestaltung des öffentlichen Raumes gemeinsam mit den Bürger*innen zu diskutieren (z.B. im Rahmen von Vorhaben der städtebaulichen Kriminalprävention)

Und zwar folgende Beteiligungsmaßnahmen:

- 1.
- 2.
- 3.

Interkommunale Zusammenarbeit

11. Bitte geben Sie an, ob Sie mit anderen Kommunen zu Herausforderungen im Bereich gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit zusammenarbeiten. Falls hier bereits ein Austausch stattfindet, geben Sie an, wie dieser erfolgt.

trifft gar nicht zu trifft eher nicht zu trifft eher zu trifft voll zu

⇒ Ein verstärkter Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen im Themenfeld gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit wäre wünschenswert.

⇒ Ein dauerhafter kommunenübergreifender Austausch im Bereich gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit wäre sinnvoll.

⇒ Wir arbeiten bereits mit anderen Verwaltungsakteuren kommunenübergreifend im Bereich gesellschaftlicher Vielfalt und Sicherheit zusammen.

Und zwar in folgenden Zusammenhängen:

- Mit einzelnen Kommunen
- In kommunalen Netzwerken
- In anderen Zusammenhängen

Und zwar:

Mit folgender/n Kommune/n:

Inhaltliche Ausrichtung der Zusammenarbeit:

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Erklärung zum Datenschutz und zur absoluten Vertraulichkeit Ihrer Angaben

Das Deutsche Institut für Urbanistik gGmbH (Difu) (Verantwortlicher) und verarbeitet Ihre Daten ausschließlich zu Zwecken der wissenschaftlichen Forschung im oben genannten Projekt.

Wir verarbeiten von Ihnen Personenstammdaten (Vorname, Name, berufliche Anschrift) und Kommunikationsdaten (berufliche Kontaktdaten). Diese Daten stammen aus öffentlich zugänglichen Quellen oder werden im Rahmen der Umfrage bei Ihnen abgefragt. Zudem werden im Rahmen der Umfrage weitere Datenkategorien erfasst. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 lit. a und f EU-Datenschutzgrundverordnung.

Es wird zugesichert, dass alle einschlägigen Bestimmungen des Datenschutzes eingehalten werden. Dies bedeutet insbesondere:

- Die Teilnahme an der Befragung ist selbstverständlich freiwillig. Um ein größtmögliches Maß an Anonymität zu gewährleisten, verzichten wir auf die Rücksendung einer unterschriebenen Einwilligungserklärung. Bitte lesen Sie sich daher diese Erklärung sowie die Erläuterungen zum Forschungsprojekt sorgfältig durch. Entscheiden Sie dann, ob Sie teilnehmen möchten oder nicht. Falls Sie den beiliegenden Fragebogen zurücksenden oder das Onlineformular ausfüllen, gehen wir davon aus, dass Sie freiwillig an der Befragung zu Forschungszwecken teilnehmen möchten. Durch eine Nichtteilnahme entstehen Ihnen keine Nachteile.
- Das Forschungsvorhaben ist so konzipiert, dass nach der Erstbefragung eine Folgebefragung vorgesehen ist. Darum bitten wir Sie auf einem gesonderten Blatt um die Einwilligung, ihre Kontaktdaten für die Einladung zu einer Folgebefragung zu speichern.
- Die personenbezogenen Daten bleiben stets von Ihren Angaben zu den Fragen des Fragebogens getrennt. Erfolgen Angaben auf dem Fragebogen selbst, werden diese aus dem auszuwertenden Datensatz gelöscht und in einen separaten Datensatz überführt. Eine Verknüpfung beider Datensätze ist nur mittels einer gesonderten Ordnungszahl möglich. Eine Verknüpfung erfolgt nur, wenn dies im Sinne guter wissenschaftlicher Praxis erforderlich ist.
- Die personenbezogenen Daten werden nicht an Dritte übermittelt oder diesen zur Kenntnis gegeben.
- Die Forschungsergebnisse werden in wissenschaftlich üblicher Form veröffentlicht. Niemand kann aus den Ergebnissen erkennen, von welcher Person die Angaben gemacht wurden. Natürlich erfährt auch niemand, ob Sie an der Erhebung teilgenommen haben oder nicht.
- Wir löschen Ihre Daten zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens dann, wenn es nach den Grundsätzen guter wissenschaftlicher Praxis erforderlich ist.

Recht im Zusammenhang mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten:

- Sie können jederzeit Auskunft über die zu Ihrer Person verarbeiteten Daten erhalten.
- Die Einwilligung kann ohne Angaben von Gründen verweigert werden (Nichtteilnahme) oder mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Falls Sie an der Erhebung teilgenommen haben oder nachträglich widersprechen wollen, so wenden Sie sich bitte an Herrn Gabriel Bartl (Email: vielfalt@difu.de / Telefon: +49 30 39001-144). Im Falle des Widerrufs werden Ihre Daten, sofern sie sich im Verfahrensablauf noch Ihrer Person zuordnen lassen, selbstverständlich unverzüglich gelöscht.
- Sie können unter den gesetzlichen Voraussetzungen Auskunft, Berichtigung, Löschung oder die eingeschränkte Verarbeitung Ihrer Daten verlangen, der Verarbeitung widersprechen oder Ihr Recht auf Datenübertragbarkeit geltend machen (per E-Mail an datenschutz@difu.de oder postalisch).